

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
1. Kapitel: Der Verbandsbegriff und die Verfolgung des Verbandszwecks	17
A. Die reale Seite einer Gesellschaft	17
I. Die prinzipielle Möglichkeit der Inkongruenz von Realzustand und Rechtszustand	18
II. Die rechtswissenschaftliche Erfassung der realen Seite der Gesellschaften ..	20
1. Die Theorie der realen Verbandspersönlichkeit	21
2. Die Theorie der Personen-Institution	23
3. Faktische Gesellschaften	24
4. Der Begriff der Organisation (oder Gruppe)	25
5. Der Begriff der Personenvereinigung oder Personengemeinschaft	28
6. Die Mittel der Rechtsgeschäftslehre	29
7. Zur Abgrenzung: Die Realität juristischer Personen, Unternehmen und Konzerne	30
III. Zusammenfassung	31
B. Der Zusammenhang zwischen der realen Seite einer Gesellschaft und ihrer Existenzlegitimation	32
I. Die Funktion der Gesellschaften als privatautonome Instrumente einer Zweckverfolgung	33
II. Die aus der Funktion folgenden Grenzen der Legitimation einer Gesellschaft	35
1. Zweckverfolgung als Bedingung der Legitimation	35
2. Gewollt-Sein der Zweckverfolgung und vertragliche Fixierung	36
3. Zweckverfolgung bei überindividuellen Verbandszwecken	37
4. Der Personenkreis, auf dessen Zweckverfolgung es ankommt	38
5. Die Qualität der erforderlichen Zweckverfolgung	39

6. Die Möglichkeit zu weitergehenden gesetzlichen Anforderungen an die Zweckverfolgung	40
III. Folgerungen für die Bedeutung der realen Seite einer Gesellschaft und die Fälle der Inkongruenz von Rechts- und Real-zustand	41
C. Die an den Legitimationsanforderungen orientierte Reduktion des Verbandsbegriffs	43
I. Zweckverfolgung als Begriffsmerkmal	43
II. Die Beschränkung dieses Ansatzes auf echte Verbände und die Abgrenzung zu Instituten des allgemeinen Schuldrechts	44
III. Die Reduktion des Verbandsbegriffs und die dadurch gewonnenen Eigenschaften dieses Begriffs.....	45
D. Zusammenfassung	47
2. Kapitel: Die Bedeutung der Zweckverfolgung in den Lebensphasen eines Verbandes	49
A. Zweckverfolgung und Gründungsstadium	49
I. Zweckverfolgung als Entstehungsvoraussetzung eines Verbandes.....	49
1. Der Terminus des Organisationsvertrages	49
2. Die These des OLG Frankfurt, NJW-RR 1996, 101	51
3. Zweckverfolgung und Gesellschaftsvertrag	54
II. Verbände auf fehlerhafter Vertragsgrundlage	56
1. Personengesellschaften	57
a) Rechtsprechung	57
b) Kritik des Schrifttums an der Rechtsprechung	60
c) Begründungsversuche im Schrifttum	62
(1) Die Lösung vom Vertragskonzept	62
(2) Die Modifikation der Nichtigkeitsfolgen und Abwicklungsregeln ..	63

(3) Die Überlagerung des Gesellschaftsvertrages durch die Gruppe/ Organisation	65
(4) Die Doppelnatur des Verbands	68
2. Korporationen	69
a) Die Lehre von den Verbänden auf fehlerhafter Satzungsgrundlage im System des Körperschaftsrechts	69
b) Begründungsversuche, insbesondere die Bedeutung der Registereintragung	72
3. Bestandsaufnahme und Kritik	76
a) Gründungsmängel als ein Problem aller Verbände	76
b) Formalismus in der Anwendung	78
c) Das "Doppeltatbestand-Problem"	79
4. Die Lehre von den Verbänden auf fehlerhafter Vertragsgrundlage als ordnungspolitische Maßnahme zur Reduzierung der Irrtumskosten	79
a) Die Funktion der Lehre von den Verbänden auf fehlerhafter Vertragsgrundlage	79
b) Die entsprechende Reduktion der Nichtigkeits- und Anfechtungsregeln	82
c) Die Reduktion bei sittenwidrigem oder verbotenem Verbandszweck ...	85
 III. Zusammenfassung	87
 B. Zweckverfolgung und das Stadium des werbenden Verbandes	89
 I. Unmöglichwerden oder Erreichung des Zwecks	90
 II. Wegfall sämtlicher Mitglieder.....	90
1. Rechtsfähige Vereine	91
a) Die Folgen eines Mitgliederwegfalls	91
(1) Mitgliederwegfall als Erlöschenstruktur	92
(2) Mitgliederwegfall als Auflösungsgrund	92
(3) Der mitgliedslose Liquidationsverein und die Durchführbarkeit der Liquidation	95
b) Die Fortsetzungsfähigkeit eines mitgliedslosen Liquidationsvereins	99
2. Kapitalgesellschaften	102
3. Personengesellschaften	104
 III. Die Aufgabe der Zweckverfolgung	105
1. Die Preisgabe des Vereinszwecks.....	105
a) Historische Regelungsvorbilder	107

b) Rechtsprechung	109
(1) OLG München, JFG 18 (1939), 183	109
(2) BGH WM 1965, 1132	110
(3) BGH WM 1976, 686	111
c) Schrifttum	112
(1) Reichert/van Look	112
(2) Hadding	112
(3) Reuter	113
(d) Bestandsaufnahme und Kritik	113
(1) Die Argumentation bezüglich der Rechtsfolge des Erlöschen	113
(2) Die Ungeeignetheit eines rechtsgeschäftlichen Erklärungs- ansatzes	114
(3) Die Bedeutung des Merkmals "Personenvereinigung" für die herrschende Meinung	116
(4) Das Prinzip der Identität und Kontinuität	118
(5) Die bislang formulierten Voraussetzungen	119
(e) Ein Auflösungsgrund "Aufgabe der Zweckverfolgung"	120
(1) Voraussetzungen der Auflösung	121
(a) Prognoseentscheidung	121
(b) Kriterien für die Prognose	123
(2) Rechtsfolge	131
(f) Aufgabe der Zweckverfolgung bei Kapitalgesellschaften	132
(g) Aufgabe der Zweckverfolgung bei Personengesellschaften	132
2. Die Unterdrückung von Verbandsaktivität durch unrechtmäßigen	
Zwang	134
a) Rechtsprechung	134
(1) BGHZ 16, 143	135
(2) BGHZ 19, 51	136
(3) Thüringer OLG, OLG-NL 1994, 42	137
(4) AG Halle-Saalkreis, ZIP 1993, 392	137
b) Schrifttum	138
(1) Reuter	138
(2) Heegner	139
(3) Tietje	140
c) Bestandsaufnahme und Kritik	141
(1) Die Einheitlichkeit der Rechtsprechung	141
(2) Die Vorstellung von einer späteren "Zustimmung" zu den faktischen Verhältnissen	142
(3) Die Folgen bei Fehlen einer "Zustimmung"	145
(4) Die bislang formulierten Voraussetzungen	146
(a) Die für einen Fortbestand erforderliche Anzahl von Mitgliedern	146

(b) Fortsetzungsbeschuß	151
(c) Permanente Willensbildungs- und Äußerungsprozesse.....	151
(5) Reaktivierung durch Löschung der Löschung	153
d) Die erzwungene Aufgabe der Zweckverfolgung.....	154
3. Zusammenfassung.....	157
IV. Umwandlungen	158
1. Fehlerhafte Umwandlungen außerhalb spezifischen Umwandlungsrechts	160
2. Fehlerhafte übertragende Umwandlungen.....	161
3. Fehlerhafte identitätswahrende Umwandlungen.....	163
V. Zweckänderungen.....	164
1. Fehlerhafte Zweckänderungen	165
a) Rechtsformen ohne Eintragungserfordernis	166
b) Rechtsformen mit Eintragungserfordernis	167
(1) Die Lehre von den Verbänden auf fehlerhafter Satzungs- grundlage und die Lehre von den Beschußmängeln.....	167
(2) Zweckänderungsbeschlüsse ohne die erforderliche Einstimmigkeit.....	169
c) Die Konsequenz für Rechts- und Realzustand	170
2. Faktische Zweckänderungen und die Lehre vom Spaltverein	170
3. Faktische Änderung des Unternehmensgegenstandes.....	173
VI. Zusammenfassung	175
C. Zweckverfolgung und Abwicklungsstadium	177
I. Die Vollbeendigung des Liquidationsverbandes	177
1. Die Anknüpfung an das Fehlen weiteren Aktivvermögens	178
2. Das den Eintritt der Vollbeendigung auslösende Moment.....	181
II. Die jahrelange Untätigkeit der Abwickler	182
III. Die fehlerhafte Auflösung	183
1. Der Vollzug eines fehlerhaften Auflösungsbeschlusses	184
2. Der Vollzug aufgrund der irrtümlichen Annahme des Vorliegens eines anderen Auflösungsgrundes	187
3. Die rückwirkende Aufhebung eines die Auflösung herbeiführenden hoheitlichen Gestaltungsaktes.....	188

IV. Die Weiterverfolgung des Verbandszwecks im aufgelösten Verband	189
V. Zusammenfassung.....	190
3. Kapitel: Kontinuitätsfragen bei Verbandsänderungen	193
A. Das Problem der Identität.....	193
B. Die typischen Positionen anhand von drei Beispielen.....	194
I. Die werdende juristische Person	195
1. Die Identitäts- oder Einheitsthese.....	196
2. Die Trennungsthese	197
3. Die Kontinuitätsthese.....	197
II. Der Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft ...	198
III. Die Änderung der Leitidee des Verbandes	199
C. Identität und Kontinuität	200
I. Der Ununterscheidbarkeitssatz	200
II. Identitätsurteile über verschiedene Zeitpunkte.....	201
1. Genidentität.....	203
2. Kontinuität und deren Voraussetzungen.....	204
III. Der verbandsrechtliche Träger der Kontinuität.....	207
4. Kapitel: Zusammenführung der Ergebnisse.....	209
Literaturverzeichnis.....	214